



Fragen an die Leverkusener Kandidaten zur Landtagswahl:

- **Wie ist Nordrhein-Westfalen aus Ihrer Sicht integrationspolitisch aufgestellt?**

Nordrhein-Westfalen ist wieder Motor der Integrationspolitik in Deutschland. Mit der Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 haben wir die Weiterentwicklung unserer ineinandergreifenden Integrationsangebote systematisiert. Im Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde eine dynamisierte Mindestsumme zur Förderung der integrationspolitischen Infrastruktur in Höhe von 130 Millionen Euro festgeschrieben. Mit der Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ haben wir die Qualifikation insbesondere junger Migrantinnen und Migranten für unseren Arbeitsmarkt vorangetrieben. Wir haben Geschichten erfolgreicher Integration sichtbar und Integrationsvorbilder bekannter gemacht. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen und Vorreiter in Deutschland bleiben. Dazu zählt insbesondere das deutschlandweit einzigartige Konzept des Kommunalen Integrationsmanagements.

Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Den größten, akuten Handlungsbedarf in Leverkusen sehe ich persönlich derzeit darin, dass viele Aufenthaltsgenehmigungen von Menschen ausgelaufen sind und sie Angst haben, bei einer Kontrolle festgenommen zu werden - und das nur, weil es nahezu unmöglich ist, bei der Behörde einen Termin zu bekommen. Das ist kein Zustand und absolut unwürdig. Hier braucht es kurzfristig mehr Termine und eine große Verwaltungsanstrengung, um Nachholtermine anzubieten und Menschen aus ihrer Angst zu befreien. Perspektivisch müssen diese Prozesse auch digital zu erledigen sein, sodass es nicht mehr unverschuldet zu Verfristungen kommen kann.

Daneben liegt der größte Handlungsbedarf unseres Erachtens darin, Menschen individuell zu fördern, Talente zu entdecken und ihnen Chancen zu ermöglichen, unabhängig von ihrem Hintergrund oder ihrer Adresse. Wir haben hier zwar Fortschritte erzielt, aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Deshalb setzen wir uns ein für 1000 Talentschulen, an denen nicht alle Kinder gleich, sondern jedes einzelne Kind besser wird. Außerdem wollen wir das Erfolgskonzept der Talentscouts aus dem Ruhrgebiet NRW-weit ausrollen und so allen Schülerinnen und Schülern die Chance geben, einen Scout zu bekommen und ihre Stärken auszuleben und zu erproben. Schließlich brauchen wir auch die bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Zu viele Menschen arbeiten derzeit unterhalb ihrer Möglichkeiten, dadurch gehen Fachkräfte verloren und viele Familien haben ein geringeres Einkommen als es nach ihrer Qualifikation angemessen wäre.

- **Wie stehen Sie zum kommunalen Wahlrecht und zum Landeswahlrecht für alle Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit? Würden Sie einer entsprechenden Änderung der Verfassung des Landes NRW zustimmen?**

Ein Ausländerwahlrecht ist verfassungsrechtlich problematisch und wäre aus unserer Sicht nicht alleine auf Landesebene einzuführen, sondern würde eine Grundgesetz-Änderung erfordern, für die eine Mehrheit nicht absehbar ist. Wir setzen vielmehr darauf, den Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern. So können Menschen, die in Deutschland geboren sind oder ihr ganzes Leben in Deutschland verbringen werden, über eine Einbürgerung auch rechtlich Teil des Staatsvolkes werden.

- **Welche Bedeutung messen Sie der kommunalpolitischen Teilhabe von Menschen mit internationaler Familiengeschichte durch Integrationsräte bei?**

Die aktuelle Regelung in § 27 Gemeindeordnung berücksichtigt die unterschiedlichen Strukturen in den Städten, Gemeinden und Kreisen des Landes sowie die Erfahrungen aus der kommunalen Praxis. Aus unserer Sicht können Integrationsräte, in denen von allen Bürgerinnen und Bürgern gewählte Mitglieder des Stadt- bzw. Gemeinderats in der Minderheit sind, nur eine beratende Funktion, aber keinen bindenden Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

Mit der Option eines Integrationsausschusses, dessen Zusammensetzung sich an den Vorgaben für reguläre Ratsausschüsse ausrichtet und der wie andere Fachausschüsse in die Beratungsfolge des Rates eingebunden ist, haben wir den Kommunen eine an die Situation vor Ort angepasste Gestaltungsmöglichkeit gegeben. Wir sehen keinen Änderungsbedarf zur derzeitigen Regelung mit Integrationsräten als Regelmodell und der Option eines Integrationsausschusses.

- **Welche präventiven Ansätze schlagen Sie vor, um die Verbreitung von Rassismus und rechtsextremem Gedankengut zu verhindern?**

Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Diskriminierung oder anderen Formen von Intoleranz treten wir entschieden und konsequent entgegen. Wir grenzen uns scharf zu jeder Form von rechtem, linkem und religiösem Extremismus ab – sie alle werden von uns bekämpft.

Wir stellen uns gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung. Wir wollen die Förderung von Projekten weiter ausbauen, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen. Dazu zählen unter anderem Aufklärungs- und Toleranzprojekte in Schulen und Jugendarbeit, aber auch Projekte für Senioren durch Peer-to-peer-Beratung.

Fälle von Extremismus und Rassismus im Öffentlichen Dienst nehmen wir sehr ernst. Rechtsextremes Gedankengut von Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamten sind mit besonderer Sensibilität zu erkennen und ausnahmslos und konsequent zu verfolgen. Die große Mehrheit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten eine hervorragende Arbeit. Es darf daher keinen Generalverdacht gegenüber unserer Polizei geben. Die Arbeit der Extremismusbeauftragten für die Polizeibehörden werden wir weiter gezielt stärken. Im Kampf gegen Rechtsextremismus im Öffentlichen Dienst unterstützen wir wissenschaftliche Untersuchungen, um mögliche Ursachen besser zu erkennen und zu verhindern.

- **Wie kann institutionellen Formen der Diskriminierung im Bereich Schule und Bildung entgegengewirkt werden? Wie kann struktureller Rassismus in Bildungseinrichtungen reflektiert und beseitigt werden?**

Ausgrenzung, Intoleranz und Hass dürfen keinen Platz in den nordrhein-westfälischen Schulen haben. Aus diesem Grund ist es uns wichtig, dass diese Themen nicht nur an besonderen Aktionstagen aufgearbeitet werden, sondern als dauerhaftes Konzept bereits von der Grundschule an im Unterricht verankert sind. Dabei muss auch die Schulsozialarbeit vor Ort in die Konzepte integriert werden.

Wir wollen Präventionsschulungen, die den geeigneten Umgang mit Mobbing und Diskriminierung sowie jeglichen Formen psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt thematisieren, zum festen Bestandteil des Vorbereitungsdienstes für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter machen.

- **Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um verlorengegangenes Vertrauen der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in den Staat gezielt wiederzuerlangen?**

Wir wollen für alle Menschen Aufstiegschancen bieten und jedes junge Talent fördern, unabhängig von der Herkunft. Diese Erfolgsgeschichten und ein wertschätzender, respektvoller Umgang aller Staatsbediensteten mit allen Menschen schaffen Vertrauen und einen positiven Bezug.

Ein gut funktionierender Rechtsstaat mit klaren Regeln, die für alle gleichermaßen gelten und die auch gegenüber allen gleichermaßen und diskriminierungsfrei durchgesetzt werden, ist ein weiterer, wichtiger Faktor.

- **Welchen konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um den Anteil der Beschäftigten mit internationaler Familiengeschichte im öffentlichen Dienst zu erhöhen? Wie kann sichergestellt werden, dass sich ihr Anteil in der Bevölkerung in allen Laufbahngruppen widerspiegelt?**

Wir müssen zunächst attraktive Arbeitsbedingungen bieten, damit sich mehr junge Menschen z.B. als Polizist oder Polizistin bewerben. Wir haben den Polizeidienst für den Realschulabschluss geöffnet, um hier mehr Perspektiven auch mit mittleren Schulabschlüssen zu bieten.

Außerdem müssen wir gezielt in den Schulen für solche Berufe und Karrieren werben und öffentliche Bedienstete im internationaler Familiengeschichte hervorheben und als positive Beispiele bekannter machen. Polizei, Schule, Feuerwehr und öffentliche Verwaltung sind auf Menschen mit anderen kulturellen und sprachlichen Hintergründen angewiesen, sie bereichern den Dienst und erleichtern und verbessern die Arbeit im Team. Diese positiven Aspekte müssen noch stärker in den Vordergrund gestellt werden.